Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen
und Gesellschaft
Bereich Familienfragen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

6. März 2018

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Ausbildungszulagen ab Ausbildungsbeginn, Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter und Finanzhilfen an Familienorganisationen)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Dame und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) unterbreitet den Kantonsregierungen mit Schreiben vom 22. November 2017 eine Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Ausbildungszulagen ab Ausbildungsbeginn, Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter und Finanzhilfen an Familienorganisationen). Wir nehmen innert der auf den 15. März 2018 angesetzten Frist Stellung:

I. Ausgangslage

Die gesamtschweizerischen Standards für die Ausrichtung von Familienzulagen gemäss Bundesgesetz über die Familienzulagen sollen in drei Bereichen geändert werden.

1. Die Ausbildungszulagen, welche heute ab dem 16. Geburtstag ausgerichtet werden können, sollen neu ab dem effektiven Ausbildungsbeginn, frühestens ab dem 15. Geburtstag, ausgerichtet werden können;
2. Während des Bezugs von Mutterschaftsentschädigung nach EOG sollen alleinstehenden arbeitslosen Müttern Familienzulagen für Nichterwerbstätige gewährt werden (Schliessung einer Lücke);
3. Es soll eine gesetzliche Grundlage für die Gewährung von Finanzhilfen an Familienorganisationen geschaffen werden.

Während die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Gewährung von Finanzhilfen keine sozialversicherungsrechtliche Relevanz aufweist und lediglich die notwendige, bisher aber fehlende gesetzliche Grundlage für Subventionen an Familienorganisationen begründet (bisher wurden diese Gelder direkt gestützt auf Art. 116 Abs. 2 und 4 BV ausgerichtet), sind die Änderungen 1 und 2 grundsätzlich als (geringfügige) Leistungsausweitungen im Sozialversicherungsbereich zu betrachten.

Bisher wurden Ausbildungszulagen gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. b FamZG ab der Vollendung des 16. Altersjahres (16. Geburtstag) gewährt, dies unabhängig davon, ob allenfalls eine Ausbildung zu einem früheren Zeitpunkt begonnen hat. Diese Regelung wurde bei der Einführung des FamZG

in Anlehnung an die auf Bundesebene bereits bestehenden Normen (FLG) getroffen. Die aktuell weitgehend harmonisierte Schuldauer bzw. das weitgehend harmonisierte Schuleintrittsalter und damit auch das Alter zum Zeitpunkt des Austritts aus der obligatorischen Schulzeit liegt im Durchschnitt aber tiefer, nämlich in den meisten Kantonen bei 15 Jahren und 1 Monat. Ausbildungszulagen sind vom Gesetzgeber deshalb mit einem höheren Betrag angesetzt, weil davon ausgegangen wird, dass die Kosten für Jugendliche während der Ausbildungszeit höher ausfallen als zuvor (Kosten für Schulmaterial, Reisewege, Schulgelder etc.). Solche Kosten fallen aber nun meistens bereits früher an, weshalb die entsprechende Altersgrenze angepasst bzw. flexibilisiert werden soll.

Art. 10 Abs. 2 FamZV sieht zwar einen Anspruch auf Familienzulagen für Bezügerinnen einer EO-Mutterschaftsentschädigung vor, wenn diese vorher einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Das EOG selbst sieht nur Familienzulagen für Dienstleistende, nicht aber für Bezügerinnen von Mutterschaftsentschädigung vor. Gemäss Art. 16g Abs. 1 lit. a EOG geht die Mutterschaftsentschädigung den Arbeitslosenversicherungstaggeldern vor. Dies steht im Einklang mit dem Umstand, dass eine Person im Mutterschaftsurlaub die Voraussetzung der Vermittlungsfähigkeit (Art. 8 Abs. 1 lit. f AVIG) nicht erfüllt. Der Zuschlag in der Höhe der Familienzulagen zum Arbeitslosentaggeld (Art. 22 Abs. 1 AVIG) entfällt. Arbeitslose Personen gelten AHV-rechtlich als erwerbstätig, weshalb bisher Familienzulagen als Nichterwerbstätige grundsätzlich ausser Betracht fielen. Damit eröffnet sich eine Lücke bezüglich Müttern, welche arbeitslos sind, während der Dauer des Bezugs von Mutterschaftsentschädigung jedoch keinen Taggeldanspruch bei der Arbeitslosenversicherung haben. Diese Lücke soll nun geschlossen werden.

II. Beurteilung

1. Ausbildungszulagen ab Beginn der nachobligatorischen Ausbildung

Mit Art. 3 Abs. 1 lit. b FamZG wird der Beginn des Anspruchs auf Ausbildungszulage nach vorn verschoben. Im Sinne des beabsichtigten Ausgleichs der für Jugendliche in Ausbildung anfallenden Mehrkosten nach der obligatorischen Schulzeit und der damit einhergehenden Flexibilisierung ist diese Regelung grundsätzlich zu begrüssen.

Die neue Regelung berücksichtigt die Bedürfnisse von in nachobligatorischer Ausbildung stehenden Jugendlichen und passt sich den aktuellen Gegebenheiten bezüglich Ausbildungsbeginn an. Allerdings ist für die Kantone wie auch für die Arbeitgeber und Selbstständigerwerbenden, welche die Familienzulagen finanzieren, mit Mehrkosten zu rechnen. Der Bund schätzt den Mehraufwand zu Lasten der Familienausgleichskassen auf rund 16 Millionen Franken. Ein Mehraufwand in der Höhe von einer halben Million Franken (für die gesamte Schweiz) ist allerdings auch bei den Kantonen zu erwarten: Durch den früheren Beginn der höheren Ausbildungszulagen steigt auch der Aufwand bei den Familienzulagen für Nichterwerbstätige. Angesichts der insgesamt geringen Mehrbelastung stellen wir uns nicht gegen die vorgesehene sachgerechte Anpassung.

2. Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter

Unabhängig von der Höhe des Einkommens und des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen (Art. 19 Abs. 2 FamZG) sollen neu arbeitslose Mütter mit Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung nach EOG während der Dauer dieses Anspruchs als Nichterwerbstätige gelten.

Die mit dieser Regelung beabsichtigte Schliessung der entsprechenden Anspruchslücke mit dem politischen Ziel, jedem Kind eine Familienzulage zu ermöglichen, wird begrüsst. Die vom Bund geschätzten Mehrkosten zu Lasten der Kantone belaufen sich auf 100'000 Franken (für die gesamte Schweiz). Der bezogen auf den Kanton Solothurn zu tragende Mehraufwand wird sich somit in Grenzen halten.

III. Zusammenfassung / Fazit

Den beiden Neuerungen hinsichtlich der Ausbildungszulagen und der Unterstellung von arbeitslosen, alleinerziehenden Müttern unter die Regelung für Nichterwerbstätige im Sinne der Vollständigkeit und Zweckorientierung der Familienzulagen wird zugestimmt.

Es sind zwar für die Familienausgleichskassen (und damit für die Arbeitgeber und Selbstständigen)

gerwerbenden) sowie für den Kanton Mehrkosten zu erwarten. Allerdings halten sich diese in überschaubaren Grenzen.

Zudem ist wohl ein leichter Mehraufwand seitens der Abwicklung durch die Familienausgleichskassen zu erwarten. Angesichts der bereits heute bestehenden starken Verästelung der Leistungs- und Beitragsmöglichkeiten innerhalb des Familienzulagensystems, welche sich aber gegenseitig ausschliessen, fällt dieser Mehraufwand im Verhältnis kaum ins Gewicht.

Wir erklären uns mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Heim
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber